Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1922

24.10.1922 (No. 248)

Visual Library

№ 248 Dienstag, den 24. Oktober 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Oktober 216 ℳ — Einzelnummer 7 ℳ — Anzeigengebühr: 7 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## Amtlicher Teil.

### Der Rechtshilfeverkehr mit Polen.

** Das Ministerium des ehemals preußischen Teilgebiets in Posen hat die polnischen Standesämter angewiesen, unmittelbar an sie gelangenden Anträgen von in Deutschland wohnenden Privatpersonen auf Erteilung von Personenstandsurkunden stattzugeben. Den als Einschreibesendung an die polnischen Standesämter zu richtenden Anträgen sind für Gebühren und Portokosten 10 deutsche Reichsmark für jede Urkunde beizufügen; Gesuche, denen dieser Betrag nicht beiliegt, werden von den Standesämtern nicht erledigt. Postanweisungs- und Nachnahmeverkehr zwischen Deutschland und Polen besteht noch nicht.

## * Geduld und Stetigkeit.

Siegerstaaten können sich manches leisten, was sich ein besiegter Staat, der, unter der furchtbaren Last seines Zusammenbruchs seufzend, um seine Existenz ringt, sich nicht leisten kann. Und selbst für Siegerstaaten bedeuten innerpolitische Krisen Belastungen und Gefährdungen der politischen Entwicklung. Das sehen wir jetzt am besten in England.

Den Linksparteien, d. h. also der politisch organisierten Arbeiterschaft in England, kann ja an sich das Auseinanderfallen der Koalition nur erwünscht sein. Je uneiniger die Gegner unter sich sind, umso eher hat die britische Arbeiterschaft Aussichten auf eigene Erfolge im Wahlkampf. Aber es wird sicherlich auch unter den englischen Arbeiterführern viele geben, die über die Schranken des parteipolitischen Programms hinausblicken und im Interesse der Gesamtnation die Ereignisse der letzten Tage bedauern. In allen liberalen und konservativen Kreisen aber, in denen auch heute noch die Koalition als das beste Mittel zur Überwindung der politischen Schwierigkeiten der nächsten Zeit betrachtet wird, ist dieses Bedauern noch viel größer und echter. Und wenn Lloyd George jetzt in seiner Rede in Leeds der zertrümmerten Koalition ein Loblied gesungen hat, so werden diese Kreise ihm verständnisvoll zustimmen.

Etwas anderes ist es mit den verärgerten unabhängigen Liberalen und mit den rein parteipolitischen Interessen nachjagenden extremen Konservativen. Sie glauben, jetzt das rechte Feuer entfacht zu haben, an dem sie ihre Suppe kochen können. Und doch wird wahrscheinlich ein jedes britisches Kabinett, mag es heißen, wie es will, sehr bald in die Bahnen einlenken müssen, die Lloyd George vorgeschrieben hat. Die Koalition ist tot, aber die Politik dieser Koalition wird im Großen und Ganzen fortgesetzt werden müssen. Und sollte sich nach den Wahlen eine neue Koalition bilden, so wird sie nicht anders verfahren können.

Also wäre die ganze Krisis eigentlich überflüssig gewesen. Irgendwelchen Nutzen wird sie England sicherlich weder auf außenpolitischem noch auf innerpolitischem Gebiet bringen. Von naiven Politikern — und deren gibt es z. B. im Orient genug, — wird der Rücktritt Lloyd Georges doch als eine Ermunterung zu neuen Ambitionen und zu neuen Forderungen aufgefaßt werden. Erfolgreiche Politik läßt sich eben heute nur auf der Grundlage der Stetigkeit und der Konsequenz treiben. Und das werden sehr bald auch diejenigen einsehen, die leichtfertigerweise die Koalition in England gestürzt haben.

Die psychologische Erklärung dafür, daß eine Politik der Stetigkeit es heute besonders schwer hat, sich durchzusetzen, ist zu finden in der Gemütsverfassung großer Teile der Bevölkerung selbst. Der Krieg hat nicht nur Not und Elend, Trauer und Verzweiflung hinterlassen, sondern auch eine Stimmung erzeugt, die man jenachdem als Kriegspsychose pathologisch oder als allgemeine Unzufriedenheit rein menschlich-natürlich betrachten kann. In einem jeden Volk läßt sich die Beobachtung machen, daß die Entwicklung weiten Schichten nicht rasch genug geht, daß diese Schichten, statt mit realen Tatsachen zu rechnen, allerlei schönen Schimären und Träumen nachjagen und wirklich der Ansicht leben, das Wünschenswerte müsse auch immer das Erreichbare sein.

Leider liegen die Dinge aber, nüchtern betrachtet, ganz anders. Die Menschheit hat durch den Weltkrieg und durch ihr Verhalten nach dem Weltkriege bewiesen, daß sie mit den Vorteilen des Verstandes und mit den Segnungen der Sittenlehre eigentlich noch sehr wenig anzufangen weiß, sie hat bewiesen, daß die Bestie im Menschen auch heute noch genau so lebendig, ja vielleicht sogar noch viel lebendiger ist, als vor tausend oder zweitausend Jahren. Und so sehen wir denn, daß nicht Vernunft und Nächstenliebe regieren, sondern Unvernunft und Haß. Wenigstens gilt das für einen Teil der Staaten, die im Kriege siegreich geblieben sind. Und mag heute auch die Lehre Christi in den Massen des Volkes immer mehr an Bedeutung gewinnen, so sind doch die eigentlich beherrschenden Kräfte dieser Welt vom Geiste des Christentums weiter entfernt den je. Von dem guten oder bösen Willen dieser herrschenden Kräfte ist aber Deutschland abhängig. Und so wird denn auch die Tatsache, daß Vernunft und Haß zurzeit die Welt regieren, keinem Volke gründlicher beigebracht, als dem deutschen Volke.

Und doch steckt tief im Gemüt aller Völker das Gefühl, daß dieses ganze Tun und Treiben heute ein vollendeter Wahnsinn ist, daß die Menschheit, wenn sie auf diesem Wege bleibt, noch schreckensvolleren Ereignissen zutaumelt, als es der letzte Krieg gewesen ist. Und dieses Gefühl ist wahrlich nicht geeignet, die Nachwirkungen der Kriegspsychose und die allgemeine seelische Zerrissenheit zu heilen. Eines aber sollte man trotz alledem wenigstens bei uns in Deutschland erkennen, daß es gewiß nicht in erster Linie Fehler und Ungeschicklichkeiten der Reichsregierung bezw. der regierenden Parteien sind, die jenen beklagenswerten Zustand verschulden, sondern daß Deutschland eben nun einmal in den Kreis einer schicksalsvollen Entwicklung hineingestellt ist und in diesem Kreise mitlaufen muß, ohne sich dessen zunächst erwehren zu können.

Da gilt es denn vor allem, die Existenz als Staat und als Volk zu retten. Das wird aber nur möglich sein eben auf dem Wege einer Politik geduldiger Stetigkeit. Und deshalb sind innerpolitische Krisen gerade für uns Deutsche das gefährlichste Gift und das gefährlichste Sprengpulver. Wir müssen zusammenhalten und dürfen nicht bei einer jeden Gelegenheit ausrufen: Da machen wir nicht mehr mit, da werfen wir die Flinte ins Korn, da treiben wir von jetzt ab Opposition! Wer heute sinnlos Opposition treibt, der ahnt vielleicht nicht wie sehr er damit den Boden unter seinen eigenen Füßen unterwühlt. Und wenn hie und da auch jene Niedergeschlagenheit und Unzufriedenheit besonders schroff in Erscheinung tritt, so gilt es für die wirklichen Führer unseres Volkes, nicht zu verzagen und weiter bei ihrer Pflicht zu beharren.

Es muß einmal der Augenblick der Besserung kommen, und er wird auch kommen. Die Ereignisse in England haben das Herannahen dieses Augenblicks nicht beschleunigt, sondern eher noch hinausgezogen. Aber kommen muß er! Sonst wird ein neuer Krieg und ein neuer Zusammenbruch die heutige Menschheit noch schärfer in die Zucht nehmen und ihr dann die richtige Bescheidenheit und die richtige Geduld mit den Mitteln des eisernen Zwanges beibringen.

## Deutscher Reichstag.

**Übergriffe der interalliierten Rheinlandskommission — Verleumdungen und Beleidigungen — Kabinettsjustiz vergangener Jahrhunderte — Beleidigung des Reichspräsidenten — Beschwerde der deutschen diplomatischen Vertreter — Das Besoldungsgesetz — Versicherungsgesetz für Angestellte — Getreideumlage — Zerrbild der freien Wirtschaft — Ausschußbeschlüsse.**

Der Reichstag behandelte heute die Interpellation der Koalitionsparteien und der Rechten über die

**Übergriffe der interalliierten Rheinlandskommission.**

Nachdem die Redner der einzelnen Fraktionen ihren Standpunkt erläutert hatten, erhob sich der

**Reichskanzler Dr. Wirth:**

Die Reichsregierung ist mit Ihnen der Ansicht, daß es sich bei dem Beschlusse der Interalliierten Rheinlandkommission um einen **schweren Eingriff** in die Freiheit und Unabhängigkeit der deutsche Gerichte handelt, der nicht ruhig hingenommen werden kann. Man mag den Begriff dessen, was im Interesse der Sicherheit der Besatzungstruppen notwendig ist, noch so weit ziehen, niemals wird man dazu kommen, daß diese Sicherheit, daß die Ehre und Würde des deutschen Staatsoberhauptes und der anderen Beamten der **Verleumdung preisgegeben** werden sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Beschluß der Rheinlandskommission verweigert nicht nur dem Reichspräsidenten und den übrigen Beamten den Schutz der Ehre, sondern er **beleidigt** auch die deutschen Richter durch die Behauptung, daß sie sich durch politische Rücksichten bestimmen ließen. Die Mitglieder des Kölner Landgerichts sind über solchen Verdacht erhaben. Es würde eine Rückkehr in die

**Kabinettsjustiz vergangener Jahrhunderte**

bedeuten, wenn eine politische Körperschaft das Recht haben sollte, Urteile eines unabhängigen Gerichtes zu annullieren. Der Beschluß, der die **Beleidigung des Reichspräsidenten** als eine untergeordnete Sache bezeichnet, steht in schwerstem **Widerspruch** zu den schweren Gefängnisstrafen, die gegen **deutsche** Beamte umgekehrt **verhängt** werden. Uns allen sind die Lasten, welche die rheinische Bevölkerung zu tragen hat, bekannt. Die Reichsregierung und die Regierungen der beteiligten Länder sind der Ansicht gewesen, daß es nicht im Interesse der Bevölkerung liege, gegen die Besatzungstruppen einen Krieg zu führen. Dementsprechend sind die deutschen Beamten zu einem korrekten Verhalten gegen alle Besatzungsbehörden angewiesen worden. Die Regierung des Reiches und die der Länder haben mehr als einmal durch die Tat bewiesen, welchen Wert sie auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit der Interalliierten Rheinlandkommission im Interesse der rheinischen Bevölkerung legen. Diese Absicht der Regierung werden aber gelähmt durch derartige Beschlüsse der Interalliierten Rheinlandkommission.

Alsbald nach dem Bekanntwerden dieses Beschlusses sind die deutschen **Botschafter** in **London** und **Paris**, sowie der deutsche Geschäftsträger in **Brüssel** angewiesen worden, die Angelegenheit sofort persönlich und nachdrücklichst zur Sprache zu bringen. Diese Aufträge sind ausgeführt worden und zwar in London mit Rücksicht auf die Regierungskrise nicht bei dem Premierminister, sondern bei dem Leiter des Foreign Office. Die deutschen diplomatischen Vertreter haben **Beschwerde** gegen den Beschluß der Rheinlandkommission erhoben und haben nicht nur die Beleidigung des deutschen Richterstandes entsprechend zurückgewiesen, sondern auch den **unhaltbaren Zustand** hervorgehoben, daß dem Staatsoberhaupt der deutschen Republik bei deutschen Behörden ein **Schutz** gegen freche Verleumdung **versagt** wird. (Hört, hört!) Der Reichspräsident fühlt sich durch dieses Vorgehen der Interalliierten Rheinland Kommission nicht nur in seiner Eigenschaft als deutsches Staatsoberhaupt, sondern auch in seiner bürgerlichen Ehre verletzt. (Lebhafte Zustimmung.) Deutscherseits wurde das dringende Verlangen gestellt, daß die verschiedenen Vertreter innerhalb der Interalliierten Rheinlandkommission von ihren Regierungen angewiesen werden, den Beschluß alsbald wieder aufzuheben. **Eine Antwort der Regierungen steht noch aus.**

Eine Besprechung der Interpellation unterbleibt, da ein dahingehender Antrag nur von den Kommunisten unterstützt worden ist.

In allen drei Lesungen ohne Erörterung angenommen wird der Gesetzentwurf zum **Reichswahlgesetz**, wonach an Stelle der Namen oder neben ihnen die Stimmzettel bei der Reichstagswahl auch die Angabe der Partei enthalten dürfen. Weitere Angaben machen den Stimmzettel ungültig.

Es folgt die zweite Beratung der siebenten Ergänzung des

**Besoldungsgesetzes**

verbunden mit der zweiten Beratung des vierten Nachtrags etats für 1922. Der Beamtenausschuß hat vorgeschlagen, die Besoldungsvorlage mit den bereits mitgeteilten Änderungen anzunehmen und den Nachtragsetat zu genehmigen. Ein Regierungsvertreter bittet, das System der **Ortszuschläge** nach der Regierungsvorlage wiederherzustellen. Im Reichstag werde eventuell ein Widerspruch erhoben, wodurch sich das Zustandekommen der Vorlage verzögere. Die Regierung sei bereit, den Wünschen der Beamten und bei den Ortszuschlägen auch so entgegenzukommen. Herr **Steinkopf** (Soz.) als Berichterstatter des Ausschusses zieht hierauf im Einvernehmen mit den Mehrheitsparteien den Ausschußbeschluß über die Ortszuschläge zurück. Nach längerer Debatte wird in der Frage der Ortszuschläge die Regierungsvorlage wiederhergestellt und im übrigen die Ergänzung zum Besoldungsgesetz und der Nachtragsetat nach den Beschlüssen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung **angenommen**. In einer Entschließung wird der Wunsch ausgesprochen, bei der Aufbesserung der Bezüge besonders die Beamten in den Grenzgebieten zu berücksichtigen.

Bei der zweiten Lesung der Novelle zum **Versicherungsgesetz für Angestellte** wird zunächst über die grundlegende Bestimmung der Ausschußbeschlüsse, welche die Gehaltsgrenze für die Versicherungspflichtigen beseitigt, namentlich abgestimmt. Das Haus beschließt mit 164 gegen 137 Stimmen die **Gehaltsgrenze** in der Form **wiederherzustellen**, daß der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats die Höhe der Gehaltsgrenze bestimmt. Weiter beschließt das Haus, daß **weiblichen Versicherten** im Falle der **Verheiratung** auf Antrag die Hälfte der Beträge zurückgezahlt wird.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

**Getreideumlage.**

Nach dem Ausschußbeschluß beträgt der Preis für das **erste Drittel** der Umlage für Roggen 28 300, für Weizen 30 300, für Gerste 27 000, für Hafer 25 500 pro Tonne. Das zweite und dritte Drittel der Umlage soll anstatt in zwei Fristen in **vier** Fristen zu gleichen Teilen an die Reichsgetreidestelle geliefert werden und zwar bis zum 31. Dezember 1922, 31. Januar,

28. Februar und 15. April 1923. Für jede dieser vier Fristen soll der Preis besonders festgesetzt werden.

Abg. **Krätzig** (Soz.) berechnet den Brotpreis nach diesem Ausschußbeschluß auf 450 M. Das ist, erklärt der Redner, eine **glatte Unmöglichkeit.** Wir beantragen deshalb eine Entschließung, wonach die in den Händen der Erzeuger befindlichen Lebensmittelvorräte sofort **restlos erfaßt** werden sollen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Wir sehen der schlimmsten Katastrophe entgegen, wenn die Regierung nicht alle Kräfte einsetzt, um das **Zerrbild der freien Wirtschaft** zu zerstören. Es bleibt, um das Chaos zu verhindern, nur die Zwangswirtschaft übrig. In der Landwirtschaft besteht jetzt das Bestreben, die **Kartoffeln einzumieten,** weil ihr die Preise noch nicht hoch genug sind. Das ist ein **Verbrechen am Volk.** Von einer Not der Landwirtschaft in dem behaupteten Umfang kann gar nicht die Rede sein. Die meisten Lohn- und Gehaltsempfänger müssen bereits ihre Substanz angreifen. Aber wenn es die **Erhaltung der Substanz** gilt, denken die Herren von rechts immer nur an die Kapitalsubstanz. Wir werden noch mit Anträgen vor das Haus treten, die der industriekapitalistischen Wirtschaft ein Ende machen. Denn unser Volk will leben und nicht verhungern. (Beifall.)

Abg. **Hemeter** (D.-Natl.) befürwortet einen von seiner Partei im Verein mit der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und dem Bayrischen Bauernbund eingebrachten Antrag, wonach nicht nur Originalsaatgut, sondrn auch anerkanntes Saatgut erster Absaat" von der Erfüllung zum Liefersoll durch Zahlung eines bestimmten Preises **freigekauft** werden kann.

**Reichsernährungsminister Fehr** erklärte sich bereit, auf diesen Antrag einzugehen, wenn ausdrücklich die Beschränkung auf das **Sommergetreide** ausgesprochen wird. Nach weiteren Ausführungen des Abg. **Koenen** (Komm.), der jede Preiserhöhung für die Umlage ablehnt, ist die Aussprache beendet. Ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der Umlage von 2,5 auf 4,5 Millionen Tonnen wird gegen die Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Antrag **Hemeter** (D.-Natl.) und Genossen wird mit der Änderung angenommen, daß er auf die Frühjahrsbestellung beschränkt wird. Im übrigen werden die **Ausschußbeschlüsse** über die Preisgestaltung für das Umlagegetreide **angenommen.** Angenommen werden auch Entschließungen des Ausschusses über Bemessung des Anteils der Landwirtschaft am erhöhten Brotpreis, über Herabsetzung der Umlage, falls deren Aufbringung nicht möglich ist, und über Lieferung von Kunstdünger zu verbilligten Preisen. **Abgelehnt** wird die **sozialdemokratische** Entschließung über Zwangswirtschaft für alle wichtigen Nahrungsmittel.

Nächste Sitzung morgen, Dienstag, 11 Uhr vormittag. Tagesordnung: Anträge, zweite Lesung des Antrages über **Aufhebung der Inseratensteuer,** dritte Lesung des **Umlagegesetzes** und die Vorlage über die **Präsidentenwahl.** Schluß gegen ¼9 Uhr.

# Politische Neuigkeiten.

## Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern.

Die Reichsregirung setzte gestern nachmittag die **Besprechung der gesamten innen- und außenpolitischen Lage fort.** Dabei wurde insbesondere die Frage des **Devisenverkehrs** erörtert. Nach der Kabinettsberatung empfing laut „Berliner Tageblatt" der Reichskanzler den Abg. **Stinnes** zu einer längeren Unterredung über den zwischen Stinnes und Lubersac abgeschlossenen **Wiederaufbauvertrag.** Um 6 Uhr begannen die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern. Der **Reichskanzler** machte längere Ausführungen über die allgemeine Lage und wies auf die außerordentliche Schwere der Lage hin. Er warf die Frage auf, ob Deutschland in seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Verfassung noch in der Lage sein werde, die Sachlieferungen in dem bisherigen Umfange zu leisten. **Dr. Wirth** sprach ferner mit starker Betonung von der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes, um über die ungeheuren Schwierigkeiten der nächsten Zeit hinwegzukommen.

Die „Vossische Zeitung" glaubt darin einen deutlichen Hinweis des Reichskanzlers auf die Notwendigkeit der Schaffung der größeren Koalition erblicken zu können. Sollte die Schaffung der großen Koalition nicht gelingen, so liege es, wie das Blatt glaubt, in der Absicht des Reichskanzlers, durch die Bildung einer **neuen, überparteilichen Regierung** aus Persönlichkeiten, die von den Parteien bis zu einem gewissen Grade unabhängig seien, eine innerpolitische Neuorientierung herbeizuführen.

Die im Anschluß an die Erklärungen des Reichskanzlers stattgehabte **Aussprache der Parteiführer** befaßte sich vor allem mit der Frage des **Devisenverkehrs.** Die der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien waren der Ansicht, daß vor allem die Wertspekulation verhindert werden müsse. Es dürften aber keine Ausnahmeverordnungen gegen Handel und Industrie erlassen werden, für welche die Devisenbeschaffung unerläßlich sei. Einig war man sich darin, daß eine **Umänderung der Devisenordnung** erfolgen müsse. Auch der Reichsbankpräsident **Havenstein** erklärte laut „Berliner Tageblatt", daß eine Durchführung der jetzigen Verordnung technisch **unmöglich** sei. Es wurde beschlossen, eine besondere Kommission für die Frage des Devisenverkehrs zu bilden. Die Getreideumlage wurde in der gestrigen interfraktionellen Besprechung nicht verhandelt. Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern sollen heute fortgesetzt werden.

## Sozialdemokratische Fraktion u. Lebensmittelversorgung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigte gestern abend in einer Sitzung einmütig den von ihren Führern eingenommenen Standpunkt. Sie beschloß, im Reichstag eine Entschließung einzubringen, in der die **restlose Erfassung** der im Inland vorhandenen **Lebensmittel,** die sich in den Händen der Erzeuger, Verbraucher und des Handels befinden, gefordert wird. Der Reichstag wolle die Reichsregierung ersuchen, sofort einen **Gesetzentwurf** vorzulegen, durch welchen zur Sicherung der Volksernährung die vollständige Erfassung der wichtigsten Lebensmittel verfügt wird.

*

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer gestrigen Fraktionssitzung über den Beschluß volkswirtschaftlichen Ausschusses auf **Vervierfachung** der Preise für das **Umlagegetreide** beraten und beschlossen, an ihrer bisherigen **ablehnenden Haltung** in dieser Frage festzuhalten.

Ob der Reichstag heute eine **Pause** in den Plenarsitzungen wird eintreten lassen können, ist inzwischen durch die neuerdings gespannte politische Lage **zweifelhaft** geworden.

## Das Ruhegehalt des Reichspräsidenten.

Der Reichsrat hat die Gewährung eines **Ruhegehalts für den Reichspräsidenten** beschlossen, und zwar im ersten Jahr nach seinem Ausscheiden, in der sogenannten Übergangszeit, drei Viertel seiner Bezüge, mit Ausnahme der Repräsentationsgelder, weiterhin die Hälfte der Bezüge. Die Bezüge der Hinterbliebenen werden nach dem Beamtenhinterbliebenengesetz geregelt.

## Direktor Cuno Außenminister?

Wie wir erfahren, ist die Frage der Besetzung des Außenministeriums, das noch immer vom Reichskanzler **Wirth** im Nebenamt mitverwaltet wird, in ein **neues Stadium** getreten. Der Reichskanzler hat in der letzten Zeit **mehreren Persönlichkeiten** das Außenministerium **angeboten,** die nicht Diplomaten von Beruf sind, sondern einflußreiche **industrielle** Kreise hinter sich haben. Zuerst hat Dr. Wirth mit dem Großindustriellen von Raumer verhandelt, der Mitglied der Deutschen Volkspartei ist und schon einmal als Schatzminister im Kabinett Fehrenbach der Regierung angehörte. Diese Kandidatur ist allerdings jetzt in den Hintergrund getreten. Größere Aussichten hat die Berufung des Direktors der **Hamburg-Amerika-Linie Cuno** zum Außenminister. Cuno steht politisch der **Zentrumspartei** nahe, hat jedoch auch Verbindungen zur **Deutschen Volkspartei.** Es wurde ihm schon wiederholt der Posten als Reichsfinanzminister angeboten, den er aber bisher stets abgelehnt hatte.

## Orientkonferenz in Lausanne.

Wie aus Lausanne von unterrichteter Seite gemeldet wird, wird die **Orientkonferenz** nunmehr bestimmt in **Lausanne** abgehalten werden, und zwar haben die eidgenössischen Behörden die Räume des Bundesgerichts für die Verhandlungen zur Verfügung gestellt. Der Zeitpunkt ist noch nicht endgültig bestimmt, doch nimmt man an, daß die Konferenz sicher im Laufe des **zweiten Drittels** des **Novembers** beginnen wird.

## Brotpreis und Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle.

P.A. Immer wieder stößt man in der Presse der verschiedensten Richtungen auf falsche Behauptungen über den Anteil der **Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle** am Brotpreis. Neuerdings geht vielfach die Behauptung um, die Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle betrügen für den **Jahresbedarf an Getreide 6¾ Milliarden,** also mehr als der Gesamtbetrag, den die deutschen Landwirtschaft für das Umlagegetreide bekomme.

Die Tendenz dieser Behauptungen, mit denen man der Reichsgetreidestelle und der öffentlichen Bewirtschaftung des Getreides einen Schlag versetzen zu können glaubt, geht, wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, dahin, zu beweisen, daß in dem von der Reichsgetreidestelle im Mai d. J. verbreiteten Plakat über die Zusammensetzung des Brotpreises die Darstellung **irreführend** sei, nach der rund 64 Prozent von dem Brotpreis auf die Kosten des Getreides (Inlands- und Auslandsgetreide) entfalle. Die angeblich 6¾ Milliarden „Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle" wurden mittels der in dem Brotplakat enthaltenen Prozentzahlen errechnet. Es entfallen nämlich nach diesem Plakat auf Grund des im **Mai** d. J. geltenden Brotpreises von 11.70 M. 6,69 Prozent auf Fracht, Lagerung, Versicherung usw. bei Belieferung durch die Reichsgetreidestelle, 0,35 Prozent auf Kosten der Reichsgetreidestelle (d. h. Verwaltungs- oder Geschäftskosten), 5,43 Prozent auf Frachten, Zinsen, Schwund usw. innerhalb der Kommunalverbände, 1,3 Prozent auf Kosten (d. h. Verwaltungs- und Geschäftskosten) der Kommunalverbände. Diese Anteile — insgesamt 14 Prozent — wurden zusammengeworfen und auf den inzwischen auf 17 Mark gestiegene Brotpreis in Anrechnung gebracht. Das ergab auf ein Brot einen Anteil von 2,38 Mark oder auf die Gesamtzahl der Markenbrote für ein Wirtschaftsjahr hoch gerechnet 6¾ Milliarden Mark.

Diese **Errechnung** ist deshalb **grundfalsch,** weil er dem Brotplakat der Reichsgetreidestelle zugrunde liegende Brotpreis in der Zeit vom Mai bis zum Juli d. J. von 11,70 Mark auf 17 Mark gestiegen ist und zwar ausschließlich infolge der Erhöhung der Anteile des **Müllers** und insbesondere des **Bäckers.** Die Rohstoffpreise haben sich in der Zwischenzeit nicht geändert. Bei gleichbleibendem Preis für den Rohstoff (das Getreide), aber höheren Unkosten für Müller und Bäcker ist ohne weiteres klar, daß der prozentuale Anteile der im vergangenen Wirtschaftsjahr auf dem Brot noch ruhenden **Unkosten** sowie der **Verwaltungskosten** der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände bei **objektiver** Aufteilung eines Brotpreises von 17 Mark unter 14 Prozent bleiben muß. Vollkommen unverständlich ist aber, daß trotz aller amtlichen Richtigstellungen immer wieder das Verfahren beliebt wird, die auch bei freier Wirtschaft unvermeidlichen Kosten für Fracht, Lagerung, Versicherung, Schwund, Umsatzsteuer usw. mit den Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle, welch letztere wiederholt als äußerst gering (etwa 1,25 Pfg. auf das Pfund Brot) nachgewiesen wurden, zusammenzuwerfen. Durch diese Verfahren soll die Auffassung erweckt werden, als handle es sich bei diesen Unkosten von **angeblich** 6¾ Milliarden um Unkosten, die nur durch die öffentliche Bewirtschaftung verursacht und somit durch Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung beseitigt würden.

Die **tatsächlichen Verwaltungskosten** der Reichsgetreidestelle, die, wie erwähnt, im vergangenen Wirtschaftsjahr 1,25 Pfennig für das Pfund Markenbrot betrugen, werden trotz der inzwischen eingetretenen Erhöhungen wesentlicher Posten dieser Unkosten (Gehälter, Löhne, Porto usw.) im neuen Wirtschaftsjahr nicht mehr als schätzungsweise **3½ Pfennig auf das Pfund Markenbrot** betragen. Am Umsatz der Reichsgetreidestelle bemessen, wird sich somit der Unkostensatz im laufenden Wirtschaftsjahr, soweit dies sich heute schon übersehen läßt, nur auf 1 pro 1000 stellen, d. h. die Reichsgetreidestelle arbeitet mit einem Unkostensatz, der gleich gering wohl in keinem anderen kaufmännischen Betrieb zu finden sein dürfte.

# Kurze polit. Nachrichten.

* **Bonar Law Premierminister.** Die gestern einberufene Konferenz der unionistischen Partei hat **Bonar Law** zum Führer gewählt. Bonar Law nimmt sonach formell die Wahl zum **Premierminister** an.

* **Abg. Graefe aus der deutschnationalen Partei ausgeschlossen.** Der Reichstagsabgeordnete von **Graefe,** einer der extremsten deutsch-völkischen Mitglieder der **deutschnationalen Volkspartei,** ist von der Reichstagsfraktion **ausgeschlossen** worden. Es handelt sich um die **völkische** Arbeitsgemeinschaft, der Graefe angehört, während sie von der deutschnationalen Volkspartei als unvereinbar mit der Parteizugehörigkeit erklärt wird.

# Landestheater.

### Hoffmanns Erzählungen.

Das Landestheater spielt die phantastische „Barkarolenoper" des einstigen Cellisten Jaques Offenbach der Pariser komischen Oper. Das Schicksal wollte nicht, daß diese, seine prächtigste, Oper zu seinen Lebzeiten aufgeführt ward. Seine Wiege stand in Köln, sein Totenbett in Paris. Er war ein ebenso beliebter als fruchtbarer Komponist, wußte, wie sein Publikum zu unterhalten war und sparte mit keinen Effekten. Kein Wunder, wenn der eigenartige deutsche Romantiker E. T. A. Hoffmann mit seinen gespenstig grotesken Erzählungen den Offenbachschen Librettisten Barbier zu diesem mystischen, spukhaften Opernlext reizten, in welcher E. T. A. Hoffmann der Titelheld sein sollte. So ist „Luthers Keller" des Vor- und Nachspiels nichts anders, als „Lutter und Wegners" Weinkeller in der Berliner Charlottenstraße und die Szenen der drei Akte sind mehr oder weniger Gestalten Hoffmannscher phantastischer Novellen.

*

Josef Turnau konnte bei der Neueinstudierung sein ganzes Regiekönnen entfalten. Die Fülle musikalischer Erfindungsgabe, welche Offenbach in die Partituren geworfen hat, ist Fingerzeig einem gewandten Regisseur, selbst Kleinigkeiten zu beleben, andere Stellen zu schattieren oder wieder in das Satanische zu gestalten. Besonders in der Mirakelszene ist das Turnau bestens geglückt, wenn auch die farbig beleuchteten Medizinflaschen Doktor Mirakels, bei nicht genau abgetönter Beleuchtung jener Gesamtszene, allzu spielerisch wirken können oder wenn der Beleuchtungsteufel mit in die venezianische Gondel des Barkarolen-Aktes steigt und die Ampel der Gondel zu spät aufleuchten läßt . . .

*

Herr E. Burkard zeichnete für die Bühnenbilder, welche sich dem romantisch-gespenstigen Einschlag der Oper wohl anpaßten und in keiner Weise als übertrieben entworfen sich darstellten. M. Schellenberg zeichnete für die das Genre des ganzen Stückes wirkungsvoll unterstreichenden Kostüme. Vielleicht erinnert das Bild des Vor- und Nachspiels mit seinem geraden, schweren Mauerwerk und dem winzigen Gitterfenster mehr an eine Kerkerszene (Gelächter dem Kritiker: ja, wäre das Weinfaß nicht . . !) als an einen Weinkeller mit den Gewölbebogen. Am bestgelungenen sind die Szenen mit Olympia und der venezianische Akt. Das Zimmer (Saal . . ?) des Puppenmechanikers Spallanzani (Alfred Glatz) in mystisches Grün getaucht, wirksame schwarze Unterbrechungen, farbig wirksam des Physikers Samtgewand, der seine traditionelle hohe Perücke nicht vergessen hat, wirksam die roten Lichtflecken der von der Decke herabhängenden Ampeln und die grotesken Formen der „Türen" und Stuhllehnen. Die gewundenen schwarzen Linien über Fenster und Türen des Antonia-Aktes widersprechen dem Gesamtstil der Bühne, welche ein Spinett aufstellt, doch ist die Szene spukhaft und — warum auch darum nicht spukhaft im „Stil".

*

Herr Rentwig sang und spielte die Rolle des unglücklichen, von Mißgeschick verfolgten Hoffmann mit viel Gestaltungswillen und feinem Formgefühl. Die Größe der Rolle verursachte wohl verschiedenliche stimmliche Schwankungen, die er aber mit der ihm eigenen Sicherheit überwand. Ausgezeichnet war sein satanischer Gegenspieler in Herrn Weyrauch, in den Masken des Lindorf, Coppelius, Dapertutto und Doktor Mirakel. Alle Rollen zeigten scharfumrissene Charakteristik bei glänzendem Stimmaterial. Spaßiger Weise (auf den Theaterzettel bezogen) sangen die Damen (v. Ernst, v. Wolley und v. Alpenburg-Eberbach) die Geliebten Hoffmanns im ersten, zweiten und dritten Akte. Frau von Ernst sang mit ihrer brillanten Koloraturstimme die tanzfreudige Puppengeliebte Olympia sicher, klar in den Einsätzen. Im zweiten Akt gefiel mehr die Gestalt der Kurtisane Giulietta des Fräuleins v. Wolley wie ihre nicht unschöne Stimme, die die Partie der Guilietta noch nicht völlig ausschöpfen konnte. Mit blühend, heller Sopranstimme sang Frau v. Alpenburg-Eberbach die Antonia. Liebeslied und Duett wurden innig und mit viel Ausdruck gesungen. Das prächtige Terzett der Antoniaszene (Hilde v. Alpenburg, Paula Weber, Weyrauch) wurde hervorragend wiedergegeben als einer der vielen glanzvollen musikalischen Stellen dieser Offenbachschen Oper.

*

In den übrigen Rollen bemühten sich Fräulein Rosel Landwehr als Niklaus, Emmy Ruf als Sängerin Stella, Alfred Peters als überraschend guter, fein charakterisierender Typenkomiker (Cochenille, Pittichinaccio und Franz) und nicht zuletzt in der Gestalt des alten Crespel bei wohlabgerundetem Spiel Herr Dr. Wucherpfennig. Den Epilog sprach Martha Möller.

Herr Lorentz teilte sich mit dem guten Orchester, der Regie und den Darstellern in den Gesamterfolg, der bei einer wiederholten Aufführung sicherlich zu einem noch wärmeren sich steigern lassen wird.

Adolf Himmele.

### „Stickereien und Spitzen".

Was bringen sie, diese „Blätter für kunstliebende Frauen"? Das, was alle Frauen ohne Ausnahme interessiert, woran ihr Herz immer in leichter Verliebtheit hängt, die traumhaft schönen Dinge und verwirklichten Märchen, die dem Schmuck schöner Frauen und der schmückenden Verlebendigung des Heims dienen: edle Stickereien und Spitzen! In vorbildlicher Weise versteht es diese, — von Hofrat Alexander Koch-Darmstadt herausgegebene, — reichillustrierte Frauen-Zeitschrift, — der 23. Jahrgang der Rundschau: „Stickereien und Spitzen", — die Verfeinerung und Veredlung der Frauen-Handarbeit durch Bild und Wort, d. h. durch sorgfältigst gesichtete künstlerische Arbeiten in vollendeter Wiedergabe und durch immer unterhaltsam anregende, formvollendete Plaudereien zu fördern, — zu zeigen, daß es sich in dieser veredelten neuzeitlichen Handarbeit nicht um spielerischen Zeitvertreib handelt, sondern darum, die geistig regere Frau der Neuzeit zu ihrem eigentlichen Lebens-Element hinzuführen, in dem sie ihre Kräfte offenbaren und sich betätigen können: in der Erzielung verfeinerter Lebensform und in der „Beseelung" des Heims! Wie sie selbst „Spitzen-Kennerin" wurde, erzählt in einer launigen Plauderei hier Gussi von Reden. Über verschiedene „Kreuzstich-Techniken" berichtet ein weiterer Beitrag. — In ihrer Schlichtheit und Feinheit vorbildliche, neuzeitliche Stickereien, Filet-Arbeiten u. a. m. zeigen die hervorragend schönen, etwa 23 großen Abbildungen dieses, — im Verhältnis zu dem Gebotenen erstaunlich preiswerten — Heftes: Eine preisgekrönte Tischdecke von Grete Uhland, in Vierfarbendruck und mit naturgroßem Muster; wundervolle Weiß-Stickereien: Teetisch-Decken, Flügel-Decke, Vorhang von Marianne Theiner; überaus lebensvolle, feinfühlig im Geist der ungarischen Volkskunst geschaffene Polster und Kissen der „Textil-Werkstätten-Budapest", eine interessante Bildstickerei von Lilli Vetter; ganz ausgezeichnete, preisgekrönte Filet-Motive mit naturgroßen Vorlagen der begabten Maria Krauß und vieles andere. Besonderes Lob verdient das erfrischende, anregende Abbildungs-Material dieser Rundschau.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

* **Unterbrechung des Flugpostdienstes Königsberg (Pr.)—Moskau.** Die Flugpost Königsberg (Pr.)—Smolensk—Moskau wird wegen Unterbrechung dieses Flugdienstes vom 1. November an bis auf weiteres eingestellt. Im Oktober verkehren die Flüge noch planmäßig. Nach Eintritt der Frostperiode in Rußland soll der Flugdienst wieder aufgenommen werden.

* **Der zweite Simplontunnel in Betrieb genommen.** Am 16. Oktober wurde der Betrieb des zweiten Simplontunnels endgültig aufgenommen. Der Tunnel 1 (der alte) wird von den Zügen Richtung Brig—Iselle, der Tunnel 2 von den Zügen Iselle—Brig benützt. Damit ist der durchgehende doppelspurige Verkehr auf der Strecke Visp—Domodossola aufgenommen.

# Badische Übersicht.

## Staatspräsident Hummel über die politische Lage.

Auf einer Wahlkreiskonferenz der deutsch-demokratischen Partei in Weinheim sprach am vergangenen Sonntag Staatspräsident Dr. Hummel über die politische Lage. Aus seinen Ausführungen berichtet die „Neue Bad. Landeszeitung" folgendes:

„Von jenen Gruppen ging Dr. Hummel aus, die für alles **Unheil** der heutigen Zeit die Politik, die Parteien, ihre Führer und die **Regierung verantwortlich** machen wollen. Es ist natürlich nicht zu verkennen, daß solche **Agitation** in gewissen Schichten der Bevölkerung Zustimmung findet. Nicht deshalb, weil diese Agitation recht hat oder weil tatsächlich schwere Fehler gemacht wurden, sondern weil wir noch keine rechte öffentliche Meinung haben, weder durch das gesprochene Wort, noch durch den Druck. So haben denn jene Kreise all das vergessen, was an **Aufbauarbeit** durch Regierung und Parteien geleistet worden ist. Unser Volk leidet eben an schwachem Gedächtnis. Es erinnert sich nicht an all die **Schuld des Alten**, weil diese Erinnerung **unangenehm** ist. Großen Massen des Volkes ist es nicht gegeben, mit dem rechten **geschichtlichen Sinn** an die Beurteilung der Dinge heran zu gehen, sonst erkennten sie, daß eine **zerschlagene Wirtschaft** nicht Wochen und Monate, sondern **stets Jahrzehnte** für den Wiederaufbau brauchte. Dabei müssen wir uns bewußt bleiben, daß die Welt noch immer in einer revolutionären Bewegung steht, die noch keineswegs abgeschlossen ist; noch immer drohen die allergrößten revolutionären Unruhen und die Gefahr, die für uns der **russische Bolschewismus** bedeutet, dürfen wir keineswegs gering einschätzen. Dieser **Gefahr** aber können wir nur begegnen, wenn wir sie **voll und ganz erkennen** und nur dann können wir der schweren Gefahr eines politischen und moralischen Zusammenbruches entgehen.

Wir von der deutsch-demokratischen Partei haben nichts zu bereuen. Trotzdem die Partei verhältnismäßig die kleinste Gruppe war, hat doch die Entwicklung den Gang genommen — nämlich den einer demokratischen Politik — den wir beim Zusammenbruch als den einzig möglichen erkannt und empfohlen haben; wenn einmal die Sonne in einem neuen und besseren Deutschland aufgeht, so werden wir mit Stolz sagen können, daß sich unsere Ideen durchgesetzt haben; sollten aber diese Ideen einmal verleugnet werden, so wird diese Sonne nie aufgehen. Nur dann kann die Besserung eintreten, wenn alle Kräfte, die willig sind, für den Aufbau frei gemacht werden, und das ist nur möglich auf der Grundlage einer **freien Staatsform**, die allen gleiches Recht gibt, dafür aber auch allen **gleiche Verantwortung** zuweist. Es hat sich gezeigt, daß auf diesem Weg **die deutsche Arbeiterschaft** in ihrer überwiegenden Mehrheit durch Weckung ihres Verantwortlichkeitsgefühls in den schwersten Stürmen spartakistischer Unruhen zu **tätiger und vernünftiger Mitarbeit** herangezogen werden konnte. Diese Mitarbeit muß auch für die Zukunft gesichert bleiben. Den Menschen, die ungeduldig sind und denen das Herangreifen besserer Zeiten zu langsam geht, werden wir die Wahrheit sagen müssen, daß der Weg, der zu gehen ist, sich noch weit erstreckt, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Wahrheit als eine unangenehme nicht gern gehört wird und sich dadurch manche zu denen verlocken lassen, die skrupellos goldene Berge versprechen. Die Ankläger, die uns die Schuld geben wollen, können uns nicht beirren. Wir verweisen sie auf die Ruhe und Ordnung der Gegenwart, die trotz allem besteht, im Gegensatz zu den Zeiten des Zusammenbruchs, und auf die dadurch sich ergebenden Möglichkeiten **zu langsamer, aber endgültiger Besserung.**

Gegenwärtig gestaltet sich freilich die **innerpolitische Lage** immer noch schwieriger und verwickelter, gerade in den letzten Wochen und Tagen drohen völliger **Zusammenbruch der Währung**, zeigen sich größte Schwierigkeiten in der Kreditbeschaffung, Befürchtungen wegen **Arbeitsstockung** und im Zusammenhang damit große **Teuerung** all dessen, was Produzent und Konsument brauchen. Daß diese Erscheinungen starke Beunruhigung wachrufen, ist begreiflich. Aber es ist gefährlich, zu glauben, daß es Mittel gäbe, diese Zustände im Augenblick durch technische Maßnahmen zu beseitigen. Deshalb mußte auch die **Devisenverordnung** ohne bessernde Wirkung bleiben, obwohl sie vielleicht nötig war, um die starke Erregung zu beruhigen. Aber vom Handeln aus solchen Motiven müssen wir mehr und mehr abkommen. **Wir müssen ganz andere Wege suchen**, nämlich in Innen- und Außenpolitik alles tun, was nötig ist, um die Grundlagen zu schaffen, die einen **Wiederaufbau der Wirtschaft** ermöglichen. Eingehend befaßt sich der Redner mit dieser Grundlage: Sicherung des jetzigen Staates, Beseitigung der Gefahren und Hemmungen, die durch die **Besetzung deutscher Gebietsteile** entstehen und **Herabsetzung der Reparationsforderungen.** In den beiden letzten Fragen sind uns selbst zunächst die Hände gebunden, aber auch hier können wir Voraussetzungen zur Besserung der **Zukunft schaffen.** So lange vor allem unser Staatsgefüge nicht absolut gesichert ist, kann das **Ausland kein Vertrauen** zu uns fassen und wird nicht die erheblichen Mittel zur Verfügung stellen, die wir brauchen. Die Gruppen der Mitte müssen verstärkt werden, **die Politik muß mehr mit der Wirtschaft erfüllt werden und die Wirtschaft mit der Politik.**

Hier streift der Redner auch die Gründe, die ihn zum **Austritt aus dem Ministerium** bewogen; zu ihnen gehörte vor allem auch der Wunsch, die Gelegenheit zu ergreifen, als demokratischer Politiker nahen Kontakt mit bedeutenden Wirtschaftskreisen herzustellen.

Nach einer gründlichen Untersuchung und Klarstellung der Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft schließt der Redner mit einem starken Appell zu freudiger Mitarbeit am Staat."

## Der Beleidigungsprozeß Mager-Pfeffer.

Im Beleidigungsprozeß des deutschnationalen Landtagsabgeordneten **Mager** gegen den Chefredakteur des „Heidelberger Tageblattes" Dr. **Pfeffer** wurde Dr. Pfeffer in der Berufsinstanz von der Heidelberger Strafkammer zu **1000 M. Geldstrafe** und zu den Kosten des Verfahrens **verurteilt.** Bei Mager bleibt es bei dem erstinstanzlichen Urteil auf 500 M. Geldstrafe. In der ersten Instanz hatte das Heidelberger Schöffengericht Dr. Pfeffer freigesprochen und Mager zu 500 M. Geldstrafe verurteilt, außerdem ausdrücklich festgestellt, daß das Verhalten Magers mit der Würde eines deutschen und nationalen Abgeordneten **unvereinbar** sei, da er die Anbauten einer Luftschiffhalle von der Entente gekauft hatte, obwohl er gewußt hätte, daß das Reich Anspruch auf sie mache. Ebenso war in der ersten Instanz Dr. Pfeffer in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur der § 193 (**Schutzparagraph**) zugebilligt. In der heutigen Urteilsbegründung hat das Heidelberger Landgericht **ausdrücklich** dem verantwortlichen Redakteur einer Tageszeitung den **Schutz des § 193 versagt** und sich damit in Gegensatz zu den Urteilen einer Reihe norddeutscher Gerichte gestellt. Der Urteilsspruch, der der Presse jede Möglichkeit der Kritik nimmt und auf **völlig veralteten Anschauungen des Reichsgerichts** beruht, wird in der deutschen Presse noch außergewöhnliches Aufsehen erregen und sicher Gegenstand lebhafter Erörterung sein. Dr. Pfeffer hat **Revision** eingelegt.

## Die Handwerkergenossenschaften in Baden.

Während der genossenschaftliche Gedanke in der Landwirtschaft und in Arbeiterkreisen in unserem Lande schon vor mehreren Jahrzehnten Eingang gefunden hat, ist er im Handwerk erst in den 90erJahren zum Durchbruch gelangt und zwar ist im Schreinerhandwerk der erste Zusammenschluß festgestellt. Am besten war in der Folge das Bäckergewerbe organisiert. Seit Kriegsende wurde auch im Handwerk der organisatorische Zusammenschluß straffer. Während des Krieges sind 47 und seit Ende 1918 48 Genossenschaften neu ins Leben getreten, so daß, die schon vor Kriegsbeginn gegründeten Genossenschaften mit eingerechnet — nach den Erhebungen des Statistischen Landesamts im Jahre 1920, — 150 gezählt werden konnten mit einer Mitgliederzahl von rund 9000.

Nahezu sämtliche Genossenschaften sind als Einkaufsgenossenschaften gegründet worden (135), daneben bestehen noch 9 Werkgenossenschaften, 5 Absatzgenossenschaften und 1 Einziehungsgenossenschaft. Auf die wichtigsten Handwerke verteilt, steht das Bäckereigewerbe mit 42 Einkaufsgenossenschaften mit rund 1400 Mitgliedern obenan. Auch das Schuhmacher-, Schneider- und Metzgergewerbe hat sich genossenschaftlich gut entwickelt. Es wurden im Berichtsjahre im Schuhmachergewerbe 28, im Schneidergewerbe 16 und im Metzgergewerbe 8 Genossenschaften gezählt. Auch das Metallgewerbe, Schreiner-, Sattler-, Maler- und Friseurgewerbe verfügt über eine größere Zahl von Genossenschaftsmitgliedern. Die juristische Form sämtlicher Genossenschaften ist die der eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

## Jagdpachten.

P.A. Nach der Verordnung vom 30. September 1922 über die Änderung der Pachtschutzordnung können die Pachteinigungsämter nunmehr auch für **Jagdpachtverträge** bestimmen, daß den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen werde. Die Neufestsetzung des Jagdpachtpreises bietet nun aber insofern gewisse Schwierigkeiten, als je nach Auffassung des Verpächters oder des Jägers, das Wesen der Jagd verschieden beurteilt werden kann.

In der Jagd sehen viele nur ein Vergnügen, eine körperliche Übung, einen Sport. Aber dies ist nur die **eine** Seite ihres Wesens. Die Jagd ist zugleich eine **wirtschaftliche Betätigung;** denn bei der Jagdausübung werden wirtschaftliche Werte gewonnen. Bei Bemessung des Wertes einer Jagd, der im Jagdpachtzins seinen Ausdruck finden soll, müssen diese **beiden** Seiten ins Auge gefaßt werden.

Vom Ministerium des Innern sind die **Bezirksämter** hierzu auf folgende **Gesichtspunkte** aufmerksam gemacht worden: Die natürliche Grundlage für Bemessung des Jagdwertes und damit des Jagdpachtzinses ist der **normale oder nachhaltige Reinertrag** der Jagd, wie er bei einem angemessenen Wildstand im Durchschnitt mehrerer Jahre sich ergibt. Dieser Reinertrag wird aber nur in den seltensten Fällen mit Sicherheit zu ermitteln sein. Denn zuverlässige Aufzeichnungen über den Anfall von Wald und den Erlös hieraus werden meistens fehlen. Schätzungen aber sind bei dem in den einzelnen Jahren schwankenden Wildstand und Streckenergebnis sehr unsicher. Ähnliche Unsicherheit waltet bei den Auslagen. Mag es hier vielleicht eher möglich sein, bestimmte Angaben zu erhalten, so ist dafür der Begriff der Jagdauslagen umsomehr umstritten. Manche **Verpächterkreise** wollen, die Jagd als reine Sportstätigkeit auffassend, überhaupt keinen Auslagenersatz zubilligen, während einzelne **Jägerkreise,** bei der Jagd einseitig die Erwerbstätigkeit betonend, sogar ihre persönlichen Auslagen und den Zeitaufwand in Rechnung stellen wollen, oder wenigstens einen Unternehmergewinn beanspruchen.

Entsprechend dem Doppelcharakter der jagdlichen Tätigkeit, der sportlichen und der wirtschaftlichen Seite, dürfte es wohl gerechtfertigt sein, die **rein sachlichen** Auslagen, das sind solche für Jagdschutz, Wildpflege, Wildschadensersatz, Wildtransport, für Treiber, für notwendige jagdliche Anlagen (Pürschpfade, Hochsitze) und ähnliches in Rechnung zu stellen. Die Aufwendungen jedoch, die mit dem Genuß des Jagens in unmittelbarem Zusammenhang stehen, also solche für Waffen, Munition, sonstige Jagdausrüstung, eigenen Hund, Reisekosten, Zeitaufwand usw., können als ein natürliches Entgelt für den Genuß, die Erholung u. Kräftigung, welche die Jagd bietet, betrachtet werden, das **von dem Jagdpächter** ebenso selbstverständlich **zu tragen** wäre, wie die Kosten eines sonstigen Vergnügens. Grenzfälle wird es bei dieser Trennung natürlich geben. Für Hunde z. B., die zur Verminderung der Treiberzahl und Treiberlöhne gehalten werden, dürften die Aufwendungen wohl aufzurechnen sein; ebenso die **Munition** für den Jagdaufseher, welche bei den heutigen, abnorm hohen Patronenpreisen schon ins Gewicht fällt.

Bei der Schwierigkeit, für das Verfahren nach dem Reinertrag zuverlässige Grundlagen zu ermitteln, wird es für die meisten Fälle zweckmäßiger sein, nach dem Vorschlag des Allg. deutschen Jagdschutzvereins von den **Friedenspachtzinsen auszugehen.**

Als **mittlere** Jagdpachtzinsen je Hektar konnten in den letzten Jahren vor dem Krieg folgende Sätze gelten: 1. Bei den Gebirgs- und Vorbergjagden 0,50—1,50 M., 2. bei den Jagden des Hügellandes (Bauland, östl. und südöstl. Teil der Baar, Hegau, Bodenseegegend) 1,50—2,50 M., 3. bei den Jagden der Rheinebene von Basel abwärts 2,00—5,00 M. In diesen Sätzen kommt nicht nur der Ertragswert, sondern auch ein gewisser Liebhaberwert zum Ausdruck.

Der **Liebhaberwert** kann bei Bemessung des Jagdwerts nicht völlig ausgeschaltet werden. Wie wollte man etwa den Wert einer Auerhahnjagd auf Grund des Reinertrags feststellen? Und bei Rotwildjagden müßte dann der Verpächter wegen des meist sehr hohen Wildschadens in der Regel auf einen hohen Pachtzins überhaupt verzichten.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist nun die Frage, welche Vervielfachung die Friedenspachtsätze im Hinblick auf das Sinken des Geldwertes erfahren sollen. Die **Wildpreise** haben heute den 80—100fachen Betrag des Friedensstandes erreicht. In fast noch höherem Grade jedoch sind einzelne Ausgabeposten gestiegen, insbesondere der **Wildschadensersatz,** der vielfach in Natura vergütet werden muß. Vor allem aber drückt eine früher nicht gekannte, jetzt aufkommende Ausgabe den Jagdertrag herab, d. i. der **Patronenersatz** an Gastschützen bei Hühner- und Hasenjagden, der ganz beträchtliche Summen verschlingt. Kostet doch eine Patrone heute das Sechshundert- bis Siebenhundertfache des Friedenspreises, nämlich 40—50 Mark gegen 5—10 Pf. im Frieden. Ohne **diesen Patronenersatz** aber muß der Jagdpächter gewärtigen, für seine **Treibjagden,** im besonderen für Hasenjagden sowie für die Hühnerjagd keine Gastschützen zu bekommen.

Bei der beabsichtigten Anpassung der **Jagdpachtzinsen** an die veränderten Geldverhältnisse muß aber auch die Wirkung im Auge behalten werden, welche eine sehr starke, von dem Reinertrag ganz absehende Erhöhung auf die Jagdverhältnisse selbst haben dürfte. Zahlreiche waidgerechte Jagdpächter müßten auf die gepachtete Jagd verzichten, oder sie wären gezwungen, um den Pachtzins aufzubringen, übermäßig abzuschießen. Den Nachteil davon hätten die Verpächter und die Allgemeinheit, die ebenfalls in hohem Grade an einem normalen Wildstand interessiert ist. Nur noch reiche Leute, von denen eine große Zahl erst durch den Krieg zu ihrem Gelde kam, oder wenigstens solche die durch den Krieg nichts verloren haben, könnten noch Pachtjagden halten, ein Zustand, der gewiß nicht erwünscht wäre. — Diese Erwägungen dürften wohl auch für die Pachteinigungsämter leitend werden.

## Die Zucker-, Kaffee- und Schokoladenindustrie in Baden.

Von den vier Zuckerfabriken, die es um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Baden gab, sind im Lauf der Jahre sämtliche, bis auf einen Großbetrieb in **Waghäusel** eingegangen. Letzt genannte Fabrik, die nach Mitteilung des Statistischen Landesamt im Jahr 1886 gegründet worden ist, stellt eine der **größten Zuckerfabriken im deutschen Reich** dar. Zurzeit der Erhebung waren darin rund 800 Arbeiter beschäftigt. Das gegenwärtige Aktienkapital beträgt rund 70 Millionen Mark. Der größte Teil der zu verarbeitenden Rüben wird in 33 landwirtschaftlichen Betrieben, die insgesamt rund 90 Beamte und 1200 Arbeiter beschäftigen, gewonnen. Der gesamte **Viehstand** umfaßt durchschnittlich 350 Pferde, 1400 Stück Rindvieh und 400 Schweine. Neben den Hand- und Spanngeräten sind an modernen **Maschinen** vorhanden: 7 Dampfpflugapparate, 4 Motorpflüge, 24 Dreschgarnituren sowie zahlreiche Sämaschinen, Düngerstreumaschinen, Getreidemäher usw.

Mit der Herstellung von **Malz-** oder Getreidekaffee befassen sich neben einigen **Malzfabriken,** die in der Hauptsache Braumalz herstellen verschiedene Betriebe, die aber alle ihrem Umfang nach so klein sind, daß sie unter 10 Arbeiter beschäftigen. Eine Ausnahme macht die Zweigniederlassung einer Münchener Großfirma im **Karlsruher Rheinhafengebiet** (60 Arbeiter). Eigene Kaffeerösterei en für Bohnen- und Malzkaffee besitzen verschiedene Kolonialwaren- und Lebensmittelgroßhandlungen in den Städten.

Die früher zahlreicher in Baden vorhanden gewesenen **Zichorienfabriken,** die mit dem Zichorienbau im Lande im Zusammenhang standen, sind bis auf eine eingegangen. Im Eppinger Bezirk befindet sich als Saisonbetrieb die Zichoriendarre einer württembergischen Großfirma.

**Kakao- und Schokoladefabriken** gibt es im Lande drei mit zusammen 250 Arbeitern. Der größte Betrieb (in Lörrach) ist Zweigniederlassung einer schweizerischen Firma.

Endlich sei noch bemerkt, daß es in Baden 7 **Zuckerwarenfabriken** gibt, die Bonbons, Konfitüren, Pfefferminztabletten und dergl. in größerem Umfange herstellen. Auch von den Kakao- und Schokoladefabriken sind zwei (Mannheim und Freiburg) gleichzeitig Zuckerwarenfabrik. In Freiburg stellen zwei **Bretzelfabriken** Delikateßbretzelchen und Bierstengel her; außerdem gibt es je eine Bisquit- bezw. Lebkuchenfabrik in den Bezirken Lörrach und Buchen.

## Die Badische Gewerbebücherei.

Angesichts der zunehmenden Teuerung auf dem Büchermarkt werden öffentliche Bibliotheken zu einem immer dringenderen Bedürfnis für weite Kreise des Volkes. Diesem Bedürfnis trägt, besonders für die Kreise des Gewerbes und des Handels, die **Badische Gewerbebücherei,** die im Jahre 1865 als Abteilung der Badischen Landesgewerbehalle (jetzt Badisches Landesgewerbeamt) gegründet wurde, in dankenswerter Weise Rechnung. Die Bibliothek ist für Jedermann kostenlos zugänglich, auch die Zusendung von Werken an im Lande wohnende auswärtige Benützer erfolgt kostenlos. Die Bad. Gewerbebücherei hat nach einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamts in Nr. 9 der „Statistischen Mitteilungen" im Jahre 1921 allein 23 960 Bücher ausgeliehen; der Lesesaal wurde von 17 121 Personen besucht, die 22 413 Nummern verlangten. Der Bücherschatz, der nach Maßgabe der verfügbaren Mittel fortlaufend vermehrt wird, umfaßt augenblicklich über 50 000 Bände vornehmlich aus dem Gebiete der Technik (Handwerkstechnik), der Kunst, der Hilfswissenschaften für alle Gewerbe, der Gärtnerei, Land-, Forst- und Hauswirtschaft, des Bildungswesens für Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Kunst, des Gewerbe- und Handelsrechts, der Volkswirtschaftslehre sowie allgemein bildender Fächer. Die Zahl der Zeitschriften beläuft sich zurzeit auf über 300. Mit dem Betrieb des öffentlichen Lesesaals ist eine Auslegestelle für deutsche Patentschriften verbunden, die alle seit dem Jahre 1882 erschienenen Patentschriften enthält.

## Aus der Landeshauptstadt.

**Landestheater.** Zu allen Vorstellungen für die Volksbühne, die im Landestheater stattfinden, erstmals für die am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 2 Uhr, stattfindende Aufführung von Flotows „Martha", stehen sämtliche Plätze des 4. Rangs und eine beschränkte Anzahl von Plätzen der übrigen Ränge zum allgemeinen Verkauf zur Verfügung.

*

In der Oper wird als nächste Neueinstudierung Hans Pfitzners Musikdrama „Der arme Heinrich" für den 1. November vorbereitet.

* **Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt** veröffentlicht im Hinweis auf das heutige Inserat eine Serie neuer Veranstaltungen für die letzten Tage des Oktober. Dr. Hans Ebbecke aus Heidelberg, der sich im Juni d. J. als erstklassiger Lautensänger die Sympathien der Karlsruher durch seine überaus humorvollen u. drastischen Darbietungen gewann, gibt sein zweites Konzert, mit völlig neuer Vortragsfolge kommenden Freitag im Künstlerhaussaale. — Paul **Grümmer,** der Cellist des Busch-Quartetts und einer der ersten Cello-Virtuosen unserer Zeit, wurde für einen Soloabend gewonnen, der Sonntag, den 29., vormittags 11 Uhr, im Eintrachtsaal stattfinden soll. Als seine Partnerin wird in dieser Morgenveranstaltung Paula **Stebel,** die hochgeschätzte Schülerin von Hofrat Ordenstein, nach jahrelanger Abwesenheit wieder in Karlsruhe auftreten. — Dr. Wolfgang **Rosenthal,** der am folgenden Tage, Montag, den 29., zum erstenmale im Karlsruher Eintrachtsaale singen wird, zählt zu den hervorragendsten Konzertsängern Deutschlands. Besonders als Interpret der Christuspartie in Bachs Matthäuspassion dürfte er zurzeit keinen Rivalen haben. Dr. Rosenthal wurde zur Mitwirkung beim Bach—Reeger-Fest in Heidelberg von Dr. Hermann Poppen gewonnen, der auch im Karlsruher Konzert den Klavierpart übernehmen wird. Am gleichen Abend, 8 Uhr, findet im Künstlerhaussaale ein Tanzabend statt. Anne **Osborn,** die sich vor Jahresfrist so glänzend als hervorragende Tanzkünstlerin hier einführte, wird

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sich zum zweitenmale vorstellen mit völlig neuen Tänzen und Kostümen. — Vorträge für zwei Klaviere, kann man Dienstag, den 31. Oktober im Eintrachtsaale hören. Zu diesem außerordentlich verdienstvollen musikalischen Unternehmen haben sich vereinigt Willi Renner und Käthe Witz.

* Zur Berichtigung der gestrigen Notiz im lokalen Teil unserer Zeitung sei mitgeteilt, daß bei Gerber & Schatvinski die Sonder-Ausstellung des Kunstmalers (nicht Bildhauers) W. Meyerhuber stattfindet.

# Staatsanzeiger.

### Bekanntmachung.

**Gebäudeversicherung betr.**

Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 453) und gemäß § 8 unserer Vollzugsverordnung vom 12. Oktober 1920, die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 502), für nach dem 1. Januar 1920 eingetretene Schadensfälle von der Gebäudeversicherungsanstalt zu gewährende Zuschlag zu der gesetzlichen Entschädigung wird hiermit für Fälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 1. Juli bis 31. August 1922 erfolgte, auf das neunundsiebzigfache der unter Zugrundelegung der Baupreise vom 1. August 1914 zugebilligten Entschädigung festgesetzt.

Entschädigung und Zuschlag zusammen dürfen nicht höher sein als die tatsächlichen Kosten der Wiederherstellung des Gebäudes in dem Zustand unmittelbar vor dem Brand.

Karlsruhe, den 22. Oktober 1922.

**Ministerium des Innern.**

Remmele. Gspann.

### Bekanntmachung.

**Einreihung der Stadt Triberg in die Klasse der Großen Gemeinden.**

Durch Entschließung des Staatsministeriums vom 13. Oktober 1922 Nr. 18 167 ist die Stadt Triberg auf Grund des § 3 Abs. 2 der Gem.O. vom 5. Oktober 1921 in die Klasse der Großen Gemeinden eingereiht worden.

Karlsruhe, den 21. Oktober 1922.

**Ministerium des Innern.**

Der Ministerialdirektor:
Leers.

### Bekanntmachung.

Die in diesem Spätjahr abgehaltene **Gerichtsschreiberprüfung** haben bestanden:

Hermann Becker aus Zimmern, Wilhelm Bischoff aus Ablach, Karl Braunstein aus Bruchsal, Hermann Brunner aus Emmendingen, Ludwig Faas aus Ziegelhausen, Wilhelm Faiß aus Bohlingen, Ernst Götz aus Freiburg, Alwin Greis aus Radolfzell, Otto Hasenfuß aus Mannheim, Philipp Kadel aus Hohensachsen, Wilhelm Karcher aus Freistett, Wilhelm Kilper aus Lauda, David Kramb aus St. Blasien, Hans Kuhn aus Heidelberg, Wilhelm Lackner aus Bruchsal, Georg Laudenklos aus Heidelberg, Hermann Reichert aus Meckesheim, Karl Reinhard aus Heddesheim, Oskar Schreck aus Heidelberg, Eduard Servatius aus Potsdam, Gustav Sippel aus Straßburg i. E. und Karl Stumpf aus Walldürn.

Karlsruhe, den 19. Oktober 1922.

**Justizministerium:**

Trunk. Klöckner.

Mit Gültigkit vom 12. November d. J. werden folgende Bettkartenpreise an Stelle der bestehenden Sätze eingeführt: 1. Kl. 1800 M., Vormerkgebühr 180 M.; 2. Kl. 900 M., Vormerkgebühr 90 M.; 3. Kl. 500 M., Vormerkgebühr 50 M. Die Mitropa-Bettpreise werden ebenfalls entsprechend erhöht.

# Personeller Teil.

## Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

**der planmäßigen Beamten.**

### Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

**Ernannt:**

Verwaltungsoberinspektor Rudolf Murmann beim Bezirksamt Karlsruhe zum stellvertretenden Vorsitzenden des Versicherungsamts Karlsruhe mit der Amtsbezeichnung Amtmann, Polizeiobersekretär Wilhelm Weinkauf in Karlsruhe zum Polizeiinspektor daselbst, Rottenmeister Fritz Gemple in Karlsruhe zum planmäßigen Polizeiwachtmeister.

**Versetzt:**

Verwaltungssekretär Ludwig Heß bei der Wasser- und Straßenbaudirektion als Oberrevisor zum Bezirksamt Schwetzingen.

**Planmäßig angestellt:**

Verwaltungsaktuar Friedrich Schechter bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen als Verwaltungssekretär.

**Entlassen auf Ansuchen:**

Verwaltungssekretär Ernst Feuchtmann, zuletzt beim Bezirksamt Mannheim, Oberrevisor Friedrich Metz beim Bezirksamt Pforzheim.

**Zuruhegesetzt:**

Polizeioberinspektor Zeno Waßmer in Freiburg auf Ansuchen, und Polizeiwachtmeister Emil Essert in Mannheim.

### Justizministerium.

**Ernannt:**

Regierungsrat Oskar Hochreuther beim Justizministerium zum Amtsrichter in Offenburg, Schreibgehilfin Hilda Weber beim Landgericht Karlsruhe zur Kanzlistin.

**Planmäßig angestellt:**

Aufseher Albert Gaier beim Zuchthaus Bruchsal.

**Versetzt:**

Die Justizobersekretäre Georg Bizlo beim Notariat Pforzheim und Paul Götz bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Landgericht Karlsruhe, Ludwig Reuter beim Amtsgericht Pforzheim zum Notariat daselbst, Hermann Heck beim Notariat Pforzheim zum Amtsgericht daselbst, Jakob Ruffler beim Notariat Schwetzingen zum Amtsgericht daselbst und Xaver Ziegler beim Amtsgericht Oberkirch zum Amtsgericht Mannheim.

**Zuruhegesetzt auf Ansuchen:**

Gerichtsobervertwalter Peter Wenk beim Amtsgericht Bretten.

### Ministerium des Kultus und Unterrichts.

**Verliehen:**

dem Privatdozenten an der Universität Heidelberg Dr. Alfred Gräff für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor.

**Ernannt:**

Kassengehilfin Ella Rold beim Landestheater hier zur planmäßigen Kanzleiassistentin.

**Versetzt:**

Professor Hermann Speth von der Realschule in Pforzheim an die Oberrealschule in Baden.

**Entlassen auf Ansuchen:**

Den planmäßigen außerordentlichen Professor für Maschinenbau an der Technischen Hochschule Karlsruhe Dr.-Ing. Richard Vater mit Wirkung vom 1. September d. J., und den ordentlichen Professor der Mathematik an der Universität Heidelberg Dr. Oskar Perron auf 1. Oktober d. J.

**Zuruhegesetzt auf Ansuchen:**

der ordentliche Professor der theoretischen Mechanik an der Technischen Hochschule Karlsruhe Geh. Hofrat Dr. Heun mit Wirkung vom 1. Oktober d. J.

### Arbeitsministerium.

**Ernannt:**

Amtmann Erwin Dorner beim Bezirksamt Karlsruhe zum Regierungsrat beim Oberversicherungsamt Karlsruhe.

**Versetzt:**

Rechnungsrat Heinrich Lauh, Verwalter der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim zur Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in Karlsruhe.

### Ministerium der Finanzen.

**Ernannt:**

Steuerinspektor Dr. Otto Wittmann beim Finanzministerium in Karlsruhe zum Finanzinspektor.

# Literarische Neuerscheinungen.

**Ignaz Brüll und sein Freundeskreis.** Von Hermine Schwarz. Mit einem Vorwort von Felix Salten. (Rikola-Verlag, Wien.) Felix Salten schreibt in seinem Vorwort: „Ein wenig skizzenhaft, aber doch sehr lebendig wird das Musikleben eines halben Jahrhunderts hier geschildert. Viele Gestalten erscheinen, gehen vorüber oder verweilen. Unvergessene Meister, wie Rubinstein und Liszt, andere wieder, die schon vergessen sind, oder die nun in Vergessenheit sinken, die noch im Erinnern der Welt Lebenden, die Verblassenden und die ganz Verblaßten, das gibt zusammen die Melancholie einer abgeschlossenen Zeit. Am stärksten treten Johannes Brahms und Karl Goldmark hervor. Mittelpunkt und Hauptperson des Buches ist, wie natürlich, Ignaz Brüll. Schwesterliches Erinnern zeichnet hier sein Bild, unsentimental und wahrhaft.

**Karl Goldmark: Erinnerungen aus meinem Leben.** (Rikola-Verlag, Wien.) — Der achtzigjährige Komponist überblickt sein an Arbeit und Erlebnissen reiches Künstlerdasein und führt den Leser mit sich die Wege, die er vom armen, mit des Tages Nöten kämpfenden Geiger bis zu Erfolg und Ruhm gegangen ist. Die Entwicklung Wiens von den Stürmen des Jahres 1848 bis zur Wende des Jahrhunderts zeigt sich in ihren Auswirkungen auf das Werden des Schaffenden.


Am Samstag verschied unerwartet schnell der Inhaber der Firma Heinr. Stöcker, Köln-Mülheim

Herr

**Heinrich Stöcker**

Ehre seinem Andenken!

Die Beamten der Niederlassung Karlsruhe.

**Badisches Landestheater.**

Dienstag, 24. Okt. 6½ b. n. ½10 Uhr. 220 Mk. Abonn. E 5. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501—700 und 901—1000.

**Figaros Hochzeit.**

**Badisches Landestheater.**

Mittwoch, 25. Okt. 6 b. n. 10 Uhr. 130 Mk. Abonn. C 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3101—3400.

**Peer Gynt.**

**Künstlerhaus**

Freitag, 27. Oktober, 8 Uhr

**Lauten-Abend**

**Dr. Hans Ebbecke**

Völlig neues Programm.

Karten zu 100, 80, 60 u. 40 M. einschl. Steuer bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

**Gesellschaft für Spinnerei u. Weberei**

in **Ettlingen**, Baden.

Unseren Aktionären teilen wir ergebenst mit, daß die auf den 28. Oktober d. Js. festgesetzte außerordentliche Generalversammlung, zu der eine Einladung in der Karlsruher Zeitung Nr. 220 vom 21. September d. Js. ergangen ist, bis auf weiteres verschoben wird.

Ettlingen, den 23. Oktober 1922. A.925

**Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen Baden.**

Der Vorstand.

**Automatenrestaurant**

betriebssicher, in tadellosem Zustand, wegen Hausverkauf sofort für nur 1 800 000 M. zu verkaufen. (Friedenswert 25 000 M.) Angebote unter A. 923 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe in Karlsruhe.**

In der heutigen 70. ordentlichen Generalversammlung waren 15066 Stammaktien und 3000 Vorzugsaktien vertreten, und es wurden sämtliche Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt. A.924

Es wurde beschlossen: die Verteilung einer Dividende von 30 % = 300 Mk. und einer Sonderausschüttung von 200 Mk. pro Aktie = zusammen **500 Mk. für jede Aktie**, welche

bei unserer Kasse, sowie
„ der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe,
„ Veit L. Homburger, Karlsruhe,
„ Straus & Cie., Karlsruhe,
„ Sal. Oppenheim jun. & Cie., Köln a. Rh.,
„ A. Schaaffhausen'schem Bankverein, Köln a. Rh.,
„ Direktion der Diskontogesellschaft, Frankfurt a. M.,
„ M. Hohenemser, Frankfurt a. M.,
„ Direktion der Diskontogesellschaft, Berlin,
„ der Deutschen Bank, Berlin,

gegen Rückgabe der betreffenden Gewinnanteilscheine erhoben werden kann.

Ferner wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 40 Millionen Mark auf 80 Millionen Mark durch Ausgabe von 40 000 Stück neuen auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je 1000 Mk. mit Dividendenberechtigung vom 1. Juli 1922 an unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre beschlossen.

Die neuen Stammaktien werden den alten Aktionären dergestalt angeboten, daß auf jede alte Aktie eine neue Stammaktie zum Kurse von 172½ % zuzüglich Schlußnotenstempel bezogen werden kann.

Der Termin für die Ausübung des Bezugsrechtes wird noch bekannt gegeben.

Karlsruhe, den 23. Oktober 1922.

**Der Vorstand:**

Dr. Döderlein. Brunisch.

**Den Verkauf von Blumen und Kränzen in der Karl-Wilhelmstraße betreffend.** P.464

In der Zeit vom Freitag, den 27. Oktober 1922 bis Donnerstag, den 2. November 1922 einschließlich ist die Benützung der Karl-Wilhelmstraße zur Aufstellung von Ständen zum Verkauf von Blumen und Kränzen gestattet. Die Verkäufer müssen im Besitze einer bezüglichen schriftlichen Erlaubnisbescheinigung des Stadtrates sein, welche den Polizeiorganen auf Verlangen vorzuweisen ist. Die Anordnungen der Schutzmannschaft sind pünktlich zu befolgen. O.8.143

Karlsruhe, den 18. Oktober 1922.

**Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion C.**

**Badische Lichtspiele — Konzerthaus**

**Mittwoch abends 8 Uhr** A.926

**Wiederholung des mediz. Filmvortrags**

**Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen**

Vorverkauf: Musikalienhdlg. Müller, Kaiserstr.

**Siehe Plakatsäulen**


**Die Erhöhung der Kaminfegergebühren betr.**

Der Teuerungszuschlag zu den Grundgebühren der Kaminfeger wird mit Wirkung vom 23. Oktober d. Js. für den Landbezirk Karlsruhe auf 4500 % erhöht.

Karlsruhe, den 21. Oktober 1922. P.465

O.Z.145 **Bezirksamt Abt. II.**

Die Stelle eines

**Verwaltungsoberinspektors**

Bes. Gruppe IX, bei der amtlichen Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in Mannheim und die Stelle eines außerplanmäßigen

**Fürsorgebeamten**

Bes. Gruppe VII, bei der Bad. Hauptfürsorgestelle in Karlsruhe sollen sofort besetzt werden. Für die Stelle in Mannheim, die sich im wesentlichen mit rechnerischen Arbeiten zu befassen hat, kommen geprüfte mittlere Verwaltungsbeamte mit abgelegter Obersekretärs- oder Revidentenprüfung, für die Fürsorgebeamtenstelle vorzugsweise geprüfte Verwaltungsaktuare in Frage. Bewerber wollen sich unter Vorlage eines Lebenslaufs umgehend melden. P436.

Karlsruhe, den 18. Oktober 1922.

**Badisches Arbeitsministerium.**

**Bürgerl. Rechtspflege**

**a. Streitige Gerichtsbarkeit.**

P.420.2 **Radolfzell.** Der Landwirt **Friedrich Pfeiffer** in Randegg hat beantragt, den verschollenen **Gustav Duchow**, Maler aus Marienburg (Westpreußen), im Jahre 1881 nach Amerika ausgewandert, ohne seither von sich Nachricht gegeben zu haben, zuletzt wohnhaft in Randegg, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

**Dienstag, den 15. Mai 1923, vormittags 10 Uhr,**

anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Radolfzell, 11. Okt. 1922.

**Bad. Amtsgericht 2.**

P.406.2 **Triberg.** Die verschollene **Fratini Basilis Ehefrau Margaretha** geb. Hoch, zuletzt in Furtwangen, wird aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotstermin

**Mittwoch, 2. Mai 1923, vormittags 11 Uhr,**

zu melden, widrigenfalls Todeserklärung erfolgt. Alle, welche Auskunft über die Verschollene erteilen können, wollen dies spätestens im Termine dem Gericht anzeigen.

Triberg, 14. Okt. 1922.

**Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.**

**Jagd-Verpachtung.**

Die **Gemeinde Bermersbach** im Murgtal läßt am **Montag, den 6. November 1922, nachmittags 3 Uhr,** im Rathause daselbst die Ausübung des Jagdrechtes auf ihrer Gemarkung, umfassend rund 800 Hektar Wald und 200 Hektar Feld, auf weitere 6 Jahre, vom 1. Februar 1923 bis 31. Januar 1929, in Pacht öffentlich versteigern, wozu Liebhaber eingeladen werden. A.920.2.1

Auf die Beibringung eines Nachweises über Jagdberechtigung wird hingewiesen.

Bermersbach, 21. Okt. 1922

**Der Gemeinderat:**
Wörner, Bürgmstr.
Fritz, Ratschr.

**Jagd-Verpachtung.**

Die **Gemeinde Kippenheimweiler** versteigert am **Samstag, den 4. November d. J., nachmittags 4 Uhr,** auf dem Rathause daselbst die Ausübung der Jagd auf weitere 6 Jahre, beginnend am 1. Februar 1923 bis 31. Januar 1929, in 2 Distrikten, zusammen 433 Hektar.

Als Steigerer werden nur Personen zugelassen, welche im Besitze eines Jagdpasses sind, oder nachweislich einen solchen erhalten können. A.916.2

Kippenheimweiler, Amt Ettenheim, 18. Okt. 1922.

**Gemeinderat.**
J. Weis, Bmstr.


Druck der Karlsruher Zeitung.